

same Standards und Prinzipien oder einen hohen Grad gemeinsamer Interessen oder Gefühle oder psychologischer Nähe zwischen den Kontrahenten. Wenn die Gegner von Gewaltfreiem Widerstand angesichts gewaltsamer Unterdrückung emotional nicht berührt werden und daher nicht bereit sind, den Anliegen der gewaltfrei kämpfenden Gruppe zu folgen, können die Widerstandskämpfer gewaltfreie Zwangsmaßnahmen anwenden. Durchsetzungsprobleme, ökonomische Verluste und politische Lähmung erfordern keine Zustimmung des Gegners, um gefühlt zu werden.

7. Gewaltfreie Aktion ist mindestens genauso sehr ein westliches wie ein östliches Phänomen. Wahrscheinlich ist sie sogar eher ein westliches, wenn man die weit verbreitete Anwendung von Streiks und ökonomischen Boykotts in den Arbeiterbewegungen berücksichtigt, die Verweigerung der Zusammenarbeit in Kämpfen unterdrückter europäischer Minderheiten und Kämpfe gegen Diktaturen.
8. Bei Gewaltfreier Aktion wird nicht vorausgesetzt, dass der Gegner keine Gewalt gegen gewaltfrei Handelnde anwendet. Tatsächlich kann die Technik auch gegen Gewalt eingesetzt werden.
9. Es gibt nichts im Konzept der Gewaltfreien Aktion, das verhindert, dass sie für »gute« oder »schlechte« Zwecke eingesetzt wird. Die sozialen Konsequenzen eines Einsatzes für »schlechte« Zwecke unterscheiden sich jedoch deutlich von den Konsequenzen des Einsatzes von Gewalt für denselben »schlechten« Zweck.
10. Gewaltfreie Aktion ist nicht auf innenpolitische Konflikte in einem demokratischen System beschränkt. Um eine Aussicht auf Erfolg zu

haben, ist es *nicht* notwendig, dass der Kampf gegen relativ freundliche und maßvolle Gegner geführt wird. Gewaltfreier Kampf ist auf breiter Basis gegen mächtige Regierungen, fremde Besatzer, despotische Regime, tyrannische Regierungen, Großmächte, rücksichtslose Diktatoren und totalitäre Systeme eingesetzt worden. Diese schwierigen gewaltfreien Kämpfe gegen gewalttätige Gegner waren manchmal erfolgreich.

11. Eine der vielen weithin geglaubten Mythen über Konflikte ist, dass Gewalt schnell wirkt, gewaltfreier Kampf aber eine lange Zeit braucht, um Ergebnisse zu bringen. Das stimmt *nicht*. Einige Kriege und andere gewaltsame Kämpfe sind viele Jahre oder sogar Jahrzehnte lang ausgefochten worden. Einige gewaltfreie Kämpfe haben sehr schnell zum Sieg geführt, sogar innerhalb von Tagen oder Wochen. Die Zeit, die gebraucht wird, um mit dieser Technik einen Sieg zu erzielen, hängt von verschiedenen Faktoren ab – einschließlich der Stärke der gewaltfrei Widerstand Leistenden und der Weisheit ihrer Handlungen.

(Aus: Gene Sharp, »Waging Nonviolent Struggle«, Boston, MA: Porter Sargent Publishers, 2005. Infos zum Buch und Download der Kapitel 1 und 3 unter <http://www.wagingnonviolentstruggle.com/>)

Nicht nur Science-Fiction-Fans können daher mit Isaac Asimov sagen: »Violence is the last refuge of the incompetent« (*Gewalt ist die letzte Zuflucht der Unfähigen*).

Ute Finckh ist Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung.



Frank Brendle

Hintertürchen zur Wehrmacht

Bundeswehr und Traditionsvereine haben ein arbeitsteiliges Verhältnis

Die Bundeswehr ist keine faschistische Organisation und keine Kopie der Wehrmacht. Aber ihre Traditionspolitik ist anschlussfähig an die extrem Rechte und trägt dazu bei, rechtsextreme Positionen gesellschaftsfähig zu machen.

Offiziell hat die Bundeswehr drei Traditionssäulen:

- die preußischen Militärreformer von Anfang des 19. Jahrhunderts

- die eigene Geschichte der Bundeswehr seit 1955
- der militärische Widerstand des 20. Juli

Auch wenn die Wehrmacht als solche in dieser offiziellen Darstellung fehlt, war sie gerade in der Gründungsphase der Bundeswehr prägend. Es ist bekannt, dass das Gründungspersonal der Bundeswehr weitgehend identisch war mit dem Führungs-

personal der alten Wehrmacht, und dass im Jahr 1960 in der Bundeswehr 15.000 Offiziere der Wehrmacht dienten, nebenbei auch 300 Offiziere der Waffen-SS. Diese Offiziere konnten deswegen ohne große Proteste eingestellt werden, weil der Mythos von der sauberen Wehrmacht breit verankert war: Die Wehrmacht habe einen sauberen, ritzerlichen, ehrenvollen Krieg geführt, den sie ehrenvoll verloren habe.

Allerdings wurde dieser Mythos immer brüchiger, je mehr Aufklärung über die Verbrechen der Wehrmacht stattfand, ein Prozess, der bis heute andauert. Entsprechend muss die Bundeswehr ihre Traditionspflege ständig anpassen und differenzieren.

■ Traditionserlass

1982 hieß es im Traditionserlass, ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich könne keine Tradition begründen. Weniger eindeutig war der nachfolgende Satz zur Wehrmacht: »In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht.« Diese Formulierung gilt bis heute. Teils verstrickt, teils missbraucht, d. h. nichts anderes als: Teile der Wehrmacht sind nach wie vor traditionswürdig.

Und genau da liegt der Nazi begraben: Regelrecht gezeugnet wird es heute nicht mehr, dass die Wehrmacht Verbrechen begangen hat, aber es bleibt dabei, dass Wehrmachtssoldaten so lange als ehrbar gelten, wie ihnen nicht höchst individuell und rechtskräftig Verbrechen nachgewiesen sind.

■ Der 20. Juli als Gedenken an die »gute« Wehrmacht

Nun stehen im Mittelpunkt der Traditionspolitik nicht einfache Soldaten, sondern Offiziere. Nachdem die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht den Mythos der sauberen Truppe weitgehend gebrochen hatte, hat die Bundeswehr den 20. Juli aus seinem Schattendasein geholt. Das Datum, früher nur Anlass für Lippenbekenntnisse, wird heute mit dem »Feierlichen Gelöbnis« im Bendlerblock (*Der Ort, an dem ab 1935 das Oberkommando der Wehrmacht seinen Sitz hatte, in dessen Hof Oberst Stauffenberg und einige andere oppositionelle Offiziere erschossen wurden, und der heute, neben der Bonner Hardthöhe, der zweite Dienstsitz der Bundesministers der Verteidigung ist – Anm. d. Red.*) pompös in Szene gesetzt.

In dieser Würdigung des Attentats auf Hitler steckt immer noch die Würdigung von Wehrmachtsoffizieren.

Die Zeiten, in denen der 20. Juli für die Konservativen ein rotes Tuch war, sind vorbei. Selbst Rechtsextremisten sehen in Stauffenberg nicht mehr den Landesverräter, sondern den Patrioten, der Deutschland vor einem verrückt gewordenen

Führer retten wollte. Die »Junge Freiheit« und die »Deutsche Nationalzeitung« würdigen den Willen der Offiziere, von Deutschland zu retten, was – vermeintlich – noch zu retten war, seien es die Ostgebiete oder wenigstens die Ehre des deutschen Soldaten. Dass die Offiziere des 20. Juli durch und durch geprägt waren von Antisemitismus, Antikommunismus, dass sie demokratische Werte rundheraus abgelehnt haben, das macht sie prinzipiell anschlussfähig an die extreme Rechte.

■ Traditionsvereine

Nun wird Traditionspolitik nicht nur von der Bundeswehr selbst betrieben. Hinzu kommt eine Armada von Traditionsvereinen und Reservistenkameradschaften, in denen sich Alt- und Neonazis, Deutschnationale und »normale« Bürger tummeln und die zum Teil sehr eng mit der Bundeswehr zusammenarbeiten.

Zusammengenommen haben die Traditionsvereine mindestens 200.000 Mitglieder. Manche dieser Gruppen beschränken sich faktisch auf Seniorenarbeit, d.h. Kaffeemittage und Busfahrten »ins Blaue«. Andere wiederum zeigen sich so offen faschistisch, wie es die Vereinsgesetze zulassen; allen voran ist hier die »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS« (HIAG) zu nennen. Von ähnlichem Kaliber ist die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger«.

Die größten Verbände sind eher nationalkonservativ orientiert und fungieren als Scharnier zwischen Konservativen und Faschisten. Dazu gehören der »Kyffhäuserbund« (100.000 Mitglieder), der »Bayerische Soldatenbund« (80.000) und der »Kameradenkreis der Gebirgstruppe« (6.000).

Diese drei vereinigen nicht nur alte Wehrmachtskämpfer, sondern auch Reservisten und aktive Soldaten der Bundeswehr. Mit dieser arbeiten sie intensiv zusammen, vor allem in der Reservistenarbeit. Die Verbandspresse hat zwei Themen: Nachrichten aus der Bundeswehr bzw. deren Einsatzgebieten und, meist persönliche, Schilderungen von Kriegserlebnissen. Der gemeinsame, revisionistische Ansatz der Vereine besteht darin, Wehrmachtverbrechen mindestens zu relativieren, wenn nicht zu leugnen; sie betonen das Leid deutscher Soldaten im Krieg wie in Gefangenschaft, während die von ihnen Ermordeten kaum erwähnt werden, sie stellen ihre eigene Geschichte gleichberechtigt neben andere »Kriegsgeschichten«.

Der »Kyffhäuser« etwa würdigt »die Leistungen der deutschen Soldaten in Vergangenheit und Gegenwart«. Er bekennt sich bis heute zum Vorsitzenden des NS-Reichskriegerbundes, dem SS-General Wilhelm Reinhard, der über den Zweiten Weltkrieg urteilte: »Deutschland war im Krieg um Tod und Leben und jeder musste auf seinem Platze seine Schuldigkeit tun, so gut er konnte.« Der »Bayerische Sol-

datenbund« (BSB) leugnet in seiner Vereinszeitschrift »Treue Kameraden« die deutsche Kriegsschuld und behauptet etwa, Hitler habe lediglich die Rechte der deutschen Minderheit in Polen schützen wollen. Außerdem sei es »erwiesen«, dass die Rote Armee sich an der sowjetischen Westgrenze zum Angriff auf Deutschland versammelt habe. Den BSB bewegt »die Ehrfurcht vor den Taten deutscher Soldaten«, und er will die »Leistungen und Opfer der Wehrmacht nicht leugnen«.

Der »Kameradenkreis der Gebirgstruppe« schließlich organisiert jährlich an Pfingsten eine Gedenkfeier für seine verstorbenen Angehörigen im bayerischen Mittenwald. Er hat bis heute die verbrecherische Geschichte der faschistischen Gebirgseinheiten nicht aufgearbeitet, würdigt seine »eigenen« Toten und spricht so gut wie gar nicht von den Ermordeten. Seine prominentesten Mitglieder sind der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber und Christian Schmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium (CSU). Nach Mittenwald pilgert alles, was zwischen Mitte und ganz rechts Uniform trägt: Der »Kameradenkreis« als Veranstalter, die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« als Delegation der extremen Rechten und »das Spiegelbild der Gesellschaft« in Form der Bundeswehr.

Wie intensiv und weitgehend die Zusammenarbeit zwischen all diesen Vereinen und der Bundeswehr genau ist, bleibt unbekannt. Die Bundesregierung räumt zwar ein: Ja, es gibt gemeinsame Veranstaltungen, gegenseitige Besuche von Veranstaltungen, thematische Zuarbeiten, die Überlassung von Räumen durch die Bundeswehr, es werden technische Hilfestellungen gewährt, aber all dies werde nicht zentral erfasst. Es bleibe den Kasernenkommandanten vor Ort überlassen, wie sie das regeln, mit wem sie in welcher Form zusammenarbeiten. Ein schon beinahe basisdemokratisches Prinzip.

■ Kontakte

auch zu rechtsextremen Vereinigungen

Es werden aber auch Grenzen gezogen. Was sich ein Soldat nicht leisten darf, ist, sich bei offen rechtsextremen oder antisemitischen Handlungen erwischen zu lassen. Ansonsten droht die Entlassung, jedenfalls dann, wenn die Öffentlichkeit von dem Vorfall erfährt. Außerdem unterliegen die besonders rechtslastigen Traditionsvereine einem so genannten Kontaktverbot. Das gilt z. B. für die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger«, den »Verband deutscher Soldaten« (VDS) und die HIAG. Nur: So eng sieht das keiner, und weil ja, wie erwähnt, nichts zentral erfasst wird, werden diese Kontaktverbote immer wieder unterlaufen.

In den »Kameraden« und in »Soldat im Volk« werden regelmäßig die Rechenschaftsberichte örtlicher Kameradschaften abgedruckt; darin steht

auch, welcher Offizier mit welchen Gliederungen gekungelt hat, und welche Kameradschaft sich trotz Kontaktverbot innerhalb von Kasernen treffen darf. Die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« steht bei der Gedenkfeier in Mittenwald Seite an Seite mit der Bundeswehr. Der »Freiwillige«, das Organ der HIAG, hat vor zwei Jahren über den freundlichen Empfang einer Delegation in einer baden-württembergischen Kaserne berichtet, wo die SS-Veteranen eine Führung erhielten. Und trotz Kontaktverbot zum »Verband deutscher Soldaten« erhält dessen Zeitung »Soldat im Volk« die Genehmigung, Interviews mit hohen Bundeswehrgeneralen nachzudrucken.

Das Prinzip der Bundesregierung, diese Tätigkeiten nicht zentral zu erfassen, dient ihrer eigenen politischen Absicherung. Sie sieht nicht hin, und im Zweifelsfall ist der örtliche Kommandant verantwortlich, nicht die Regierung. Ebenso weist es die Regierung zurück, für das Verhalten der Traditionsvereine verantwortlich zu sein. Einerseits ermuntert sie ihre Offiziere geradezu, diesen Vereinen beizutreten und erklärt: »die Kontrolle solcher Organisationen erfolgt auch über die Mitgliedschaft aktiver Offiziere« – als wären die als V-Männer aktiv und nicht aus innerer Überzeugung.

Andererseits: Hält man der Regierung vor, welche revisionistischen Berichte und Stellungnahmen in den Vereinszeitschriften stehen, was die Vorstände von sich geben, dann heißt es: »Es ist nicht Aufgabe der Bundesregierung, die historische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen durch einen eingetragenen Verein zu kommentieren«. Und so liegen über fast keinen der Traditionsvereine so genannte »verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse« vor, und keine einzige der rechten Militärzeitschriften wird systematisch ausgewertet. Es gebe, so die Regierung, in der Demokratie keine Möglichkeit, »die Gesinnung von eingetragenen Vereinen in einer solchen Intensität zu überwachen.«

Und das sagen die gleichen, die Jahr für Jahr die VVN-BdA, den Bundesausschuss Friedensratschlag und Dutzende weiterer linker Gruppen beobachten lassen. Es fehlen nicht die Möglichkeiten, sondern der Wille. Was bitte nicht als Forderung verstanden werden soll, die Geheimdienste auszuweiten!

■ Scharnierfunktion zwischen Mitte und Faschismus

Die Brisanz dieser Traditionsverbände liegt weniger darin, dass ihnen einige bekennende Rechtsextremisten angehören. Es geht vielmehr darum, dass sich die Masse der Verbände im Graubereich deutschnationaler, völkischer und nationalkonservativer Spektren bewegt. Sie greifen Themen der extremen Rechten auf und erheben diese in den Rang des Diskutierbaren. Indem nun die Bundeswehr mit diesen Verbänden eine rege Zusammen-

arbeit eingeht, erhalten die rechten Positionen endgültig Zugang zur Mitte der Gesellschaft.

Das zentrale Anliegen, worum es den Verbänden geht, ist: die Einordnung der Wehrmacht neben die Armeen anderer Staaten. Sie wollen den Zweiten Weltkrieg als einen Krieg wie jeden anderen sehen, sie wollen Geschichte eibebnen, sie wollen Deutsche als Opfer darstellen. Der Mythos Wehrmacht erfährt in diesen Kreisen ein gespenstisches Weiterleben.

Ein Scharnier zwischen ganz rechts und Mitte will etwa die »Deutsche Militärzeitschrift« (DMZ) sein, ein monatlich erscheinendes Hochglanzmagazin, das eigentlich auf den ersten Blick als Nazi-Machwerk zu erkennen ist. Es hat Aufmacher wie »Adolf Hitler als Feldherr und Strategie«, es feiert SS-Offiziere als »die tapfersten Söhne unseres Volkes« und ist damit erheblich »ehrlicher« als etwa die »Junge Freiheit«, die ja eher konservativ daherkommt. Trotzdem gelingt es der Zeitschrift regelmäßig, neben Rechtsextremisten wie den pensionierten Generalen Gert Schultze-Rohnhoff und Reinhard Günzel auch Nichtfaschisten zu Interviews oder für Gastbeiträge zu gewinnen; in den letzten Monaten waren das z.B. die ehemaligen SPD-Verteidigungsminister Hans Apel und Rudolf Scharping, diverse CDU-Bundestagsabgeordnete (zu denen natürlich auch Erika Steinbach gehört) und auch DFB-Chef Theo Zwanziger. Zu den Werbekunden zählen neben dem NPD-Verlag »Deutsche Stimme« auch der vergleichsweise seriöse Bernard&Graefe-Verlag, auf den auch die Bundeswehr positiv verweist. Auf der Homepage der Bundeswehr werden explizit Bücher dieses Verlages empfohlen. Von ganz rechts bis Mitte links: Alles ist vereint.

Voriges Jahr, zum 60. Jahrestag des 8. Mai 1945, haben 12 Ex-Generale der Bundeswehr in der »Frankfurter Allgemeine Zeitung« einen Aufruf »Gegen das Vergessen« veröffentlicht. Der 8. Mai war für sie der »Tag der Niederlage unserer Wehrmacht, der Beginn der deutschen Teilung und der grausamen Abrechnung der Sieger«. Unterzeichner waren Rechtsextremisten wie Günzel und Schulze-Ronhof, aber auch der konservative Graf von Kielmansegg. Dieser hatte im Zweiten Weltkrieg antisemitische Kampfschriften verfasst, wurde in der Bundeswehr General und diente ihr als »Zeitzeuge«, bis er vor einem halben Jahr im Alter von 99 Jahren starb. Selbstverständlich erschien eine Abordnung der Bundeswehr zum Begräbnis.

Auch das macht deutlich, dass sich die Mitte dem rechtsextremen Spektrum geöffnet hat.

Es sei kurz darauf hingewiesen, dass sich diese Diskursverschiebung nicht nur im militärischen

Bereich, sondern in einem breiten Kontext vollzieht, in dem Deutschland wieder »normal« wird. Deutsche als Opfer und die anderen als Täter darzustellen, zumindest auch als Opfer und auch als Täter, das hat Konjunktur, man sehe sich die Vertriebenen-Ausstellung in Berlin an. Die Bundesregierung bedient diese Politik nach Kräften. Als die Linksfraktion vor wenigen Wochen fragte, ob die Bundesregierung ehemalige sowjetische Kriegsgefangene entschädigen werde, weil diese nicht wie Kriegsgefangene, sondern wie »Untermenschen« behandelt worden waren, gab es zur Antwort: »Eine Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener hat es genauso wenig gegeben wie eine Entschädigung deutscher Kriegsgefangener durch die Sowjetunion.« Alles ist gleich, der Nationalsozialismus war auch nicht schlimmer als andere Regierungsformen.

■ Zusammenfassung

Es gibt zwischen Bundeswehr und Traditionsvereinen ein arbeitsteiliges Verhältnis. Die Bundeswehr gewinnt einen Großteil ihrer öffentlichen Legitimation aus dem Bekenntnis zu antifaschistischen, demokratischen Werten. Dazu gehört auch, sich zu den Verbrechen der Wehrmacht zu bekennen.

Aber sie fährt mehrgleisig. Am 20. Juli gedenkt die Staatsspitze des Anschlags auf Hitler. Am Volkstrauertag legt der Generalinspekteur einen Kranz auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee ab. Und an Pfingsten steht der Kommandant der Karwendelkaserne in Mittenwald neben den Alt-Nazis von der »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger«. Ganz zu schweigen davon, welche Formen der Kooperation sich beim Durchschmökern der diversen rechtsextremen Militärzeitschriften feststellen lassen.

Jenseits von 20. Juli und Scharnhorsts Geburtstag, bei der alltäglichen Arbeit an der soldatischen Basis, haben die Traditionsvereine weitestgehend freie Hand, die NS-Verbrechen zu relativieren, und die örtlichen Befehlshaber haben freie Hand, dabei mitzuwirken. Beide Konzepte zusammen sollen sicherstellen, dass von Mitte links bis ganz rechts eine stabile Heimatfront entsteht.

Frank Brendle ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg. Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Referates, das er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke am 9. September auf einer Konferenz der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der AntifaschistInnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in Berlin hielt.

